

Aktionszentrum Forum Rauchfrei
Müllenhoffstr.17
10967 Berlin

Rauchverbot am Arbeitsplatz:

Die Arbeitsstättenverordnung verpflichtet Arbeitgeber, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die nicht rauchenden Beschäftigten in Arbeitsstätten wirksam vor den Gesundheitsgefahren durch Tabakrauch geschützt sind. Eine Ausnahme bilden hierbei Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr. Dies bedeutet, dass Arbeitnehmern im Besonderen in der Gastronomie der Schutz vor den Gesundheitsgefahren des Tabakrauchs verwehrt wird.

Befürwortet Ihre Partei eine Änderung der Arbeitsstättenverordnung dahingehend, dass die Ausnahmen für Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr gestrichen werden?

Zu dieser Frage gibt es keine genauen Beschlüsse auf Bundesebene der PIRATEN. Jedoch liegt es im Wesen der PIRATEN auf einen gesellschaftlichen Kompromiss und Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen hinzuwirken. Gesetzliche Regelungen kommen nur zur Vermeidung von Fremdschädigung in Frage.

Die NRW-Piraten lehnen pauschale Rauchverbote am Arbeitsplatz ab, da diese weit über das Ziel des Nichtraucherschutzes hinaus gehen. Eine derartige Pauschalregelung würde definitiv zu einer weiteren einseitigen Ausgrenzung führen und muss somit in dieser Form abgelehnt werden. Das Kneipensterben in NRW, aufgrund des im Mai 2013 in Kraft getretenen Nichtraucherschutzgesetzes, hat dies bereits deutlich gezeigt.

Werbeverbot für Tabakwaren:

Artikel 13 des Gesetzes zu dem Tabakrahmenübereinkommen fordert: „Jede Vertragspartei erlässt in Übereinstimmung mit ihrer Verfassung oder ihren verfassungsrechtlichen Grundsätzen ein umfassendes Verbot aller Formen von Tabakwerbung, Förderung des Tabakverkaufs und Tabak sponsoring.“

Unterstützt Ihre Partei ein umfassendes Verbot aller Formen von Tabakwerbung, Förderung des Tabakverkaufs und Tabak sponsoring?

Wie steht Ihre Partei dazu, dass im Gegensatz zu allen anderen europäischen Staaten in Deutschland immer noch Tabakwerbung auf den Straßen (Außenwerbung) erlaubt ist?

Unterstützt Ihre Partei ein Verbot von Sponsoring in Form von Zuwendungen an politische Parteien und deren Organe durch die Tabakindustrie?

Es ist ein wesentlicher Aspekt der Suchtprävention, einseitig positive Darstellung von suchterzeugenden Substanzen zu vermeiden. Wir fordern daher ein ausnahmsloses Werbe- und Sponsoringverbot für Produkte, die geeignet sind, Abhängigkeiten zu erzeugen. Dazugehören selbstverständlich auch Zigaretten und andere Tabakprodukte.

Prinzipiell setzen wir uns für die Unabhängigkeit politischer Entscheidungsträger und Parteien ein und lehnen somit die finanzielle Unterstützung dieser aus der Wirtschaft ab.

Tabakproduktrichtlinie der EU:

Die neue Tabakproduktrichtlinie der EU wird voraussichtlich im Jahr 2014 erlassen werden.

Spricht sich Ihre Partei für bildliche Warnhinweise auf 75 Prozent der Vorderseite der Packung und neutrale Verpackungen für Tabakprodukte aus (keine Abbildung von Markenlogos u. a.)?

Es gibt keine Forderung der PIRATEN nach Bildwarnhinweisen auf Verpackungen von Tabakprodukten. Allerdings können auch sie als Präventionsmaßnahme dienen, sodass wir sie begrüßen.

Schutz gesundheitspolitischer Maßnahmen:

Artikel 5.3 des Gesetzes zu dem Tabakrahenübereinkommen fordert, gesundheitspolitische Maßnahmen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs vor der Tabakindustrie zu schützen. Dazu ist ein umfangreicher Verhaltenskodex in Leitlinien aufgestellt worden. In der Vergangenheit hat sich die Tabakindustrie bemüht, ihr Ansehen durch die Unterstützung sozialer Projekte zu verbessern und hat Mandatsträger umworben, um das gesellschaftliche Klima zugunsten des Tabaks zu beeinflussen. Empfohlen wird deshalb, den Kontakt zur Tabakindustrie zu meiden.

Unterhält Ihre Partei Kontakte zur Tabakindustrie?

Nimmt Ihre Partei Spenden oder irgendeine andere Form von Unterstützungsleistungen von der Tabakindustrie entgegen?

Beteiligen sich Vertreter Ihrer Partei bei sozialen Projekten der Tabakindustrie?

Alle drei Fragen beantworten wir mit einem deutlichen NEIN. Denn wir Piraten legen größten Wert auf Unabhängigkeit und wollen uns in unserer objektiven Betrachtung politischer und gesellschaftlicher Sachverhalte nicht von finanziellen Zuwendungen beeindrucken lassen. Unsere Politik ist gekennzeichnet von dem Streben nach Entscheidungsfindung aufgrund unabhängiger, wissenschaftlicher Erkenntnisse.